

FDP Dieburg fordert Abschaffung der Pflicht zur Einführung einer Straßenbeitragssatzung

Gesetzesinitiative von der FDP-Landtagsfraktion eingebracht.

Straßenbeiträge und deren verpflichtende Erhebung sind derzeit vielerorts ein kontrovers diskutiertes Thema. Auch bei der Diskussion und Verabschiedung des Dieburger Haushalts 2018 war dies der Fall. Die Mehrheit der Dieburger Parlamentarier hat die Einführung für Dieburg ab 2020 erstmal abgelehnt.

„Wir begrüßen daher, dass die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag einen Gesetzentwurf hierzu eingebracht hat.“, so der Fraktionsvorsitzende Wilhelm Reuscher. Dieser hat das Ziel, die Entscheidung, ob und wie eine hessische Kommune Straßenbeiträge erhebt, in die Verantwortung der Kommunen und folglich der Stadtverordneten und Gemeindevertreter zu legen. Vor dem Hintergrund der verfassungsrechtlich verankerten kommunalen Selbstverwaltung soll so den Kommunen dieses Recht auch bei der Erhebung von Straßenbeiträgen gewährt werden.

Durch eine Änderung der Hessischen Gemeindeordnung (HGO) und des Kommunalen Abgabengesetzes (KAG) wäre es den Kommunen so zukünftig sogar möglich selbst zu entscheiden, ob sie komplett auf die Erhebung von Straßenbeiträgen verzichten. Die Flexibilisierung würde es jeder Kommune ebenso ermöglichen, nach eigenem Ermessen, individuelle und bedarfsgerechte Lösungen zu finden. Auch die bereits jetzt sehr unterschiedliche Belastung der Bürger durch Grundsteuer und andere Steuern und Abgaben können dann in die Entscheidung mit einbezogen werden.

Die Kommunalpolitik muss deutlich machen, was kommunale Selbstverwaltung bedeutet: Vor Ort wird entschieden, ob die Bürger an der Erneuerung einer Straße beteiligt werden. Wenn die Kommunalpolitik keine zusätzliche Belastung der Bürger will, dann darf die Kommunalaufsicht die Kommunen nicht dazu zwingen.

Da der Gesetzentwurf sich an der in Schleswig-Holstein durch das Jamaika-Bündnis getroffenen Regelung orientiert, sollte er auch für CDU und Grüne zustimmungsfähig sein.

Wilhelm Reuscher

Fraktionsvorsitzender

FDP Stadtverordnetenfraktion Dieburg